



ABS: MDR, 1082 Wien, Rathaus

An das
Bundesministerium für
Wissenschaft, Forschung
und Wirtschaft

Amt der Wiener Landesregierung

Magistratsdirektion der Stadt Wien
Geschäftsbereich Recht
Rathaus, Stiege 8, 2. Stock, Tür 428
1082 Wien
Tel.: +43 1 4000 82338
Fax: +43 1 4000 99 82310
post@md-r.wien.gv.at
www.wien.at

MDR - 1281464-2014

Wien, 7. Oktober 2014

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem die Gewerbeordnung 1994,
das Allgemeine Sozialversicherungs-
gesetz und das Bankwesengesetz
geändert werden;
Begutachtung;
Stellungnahme

zu BMWFW-30.680/0008-I/7/2014

Zu dem mit Schreiben vom 5. September 2014 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird wie folgt Stellung genommen:

Allgemeine Bemerkungen:

Der Entwurf scheint keine Rechtsgrundlage dafür zu enthalten, dass zu löschende Eintragungen im Gewerbeinformationssystem Austria aufzubehalten sind und auch weiterhin abfragbar bleiben müssen. Es wird daher angeregt, eine dem § 31 des Firmenbuchgesetzes, BGBl. Nr. 10/1991 idgF., nachgebildete Regelung aufzunehmen. Diesfalls wären auch die vorgesehenen Auskunftspflichten dahingehend zu konkretisieren, ob sich diese nur auf aktuelle und auch auf bereits gelöschte Daten beziehen.

Zu 3. (§ 87 Abs. 7)

Hier entfällt in der Neufassung der Verweis auf die „zuständige“ Behörde. Dieser Verweis erscheint aber erforderlich, zumal allenfalls unter Bezugnahme auf § 333 der Gewerbeordnung 1994 (GewO 1994) argumentiert werden könnte, dass die Verständigung einer beliebigen Bezirksverwaltungsbehörde ausreichend ist. Damit könnte jedoch ins-

besondere die Zielsetzung einer unverzüglichen Information der zuständigen Behörde nicht erreicht werden. Insoweit wird die Anlehnung der Textierung an den bisherigen Wortlaut im Sinne der Übermittlung an die „zuständige“ Behörde angeregt.

Zu 4. (§ 87 Abs. 8)

Der umfassende Verweis auf „Abs. 1 Z 1“ erscheint überschießend. § 87 Abs. 1 Z 1 GewO 1994 ordnet auch eine Beurteilung der Eigenart des Entziehungstatbestandes an, welche somit systemwidrig durch das Strafgericht und nicht die hierfür zuständige Gewerbebehörde vorzunehmen wäre. Insoweit wird angeregt, die Informationsverpflichtungen dahingehen zu konkretisieren, dass eine Verständigung nur über die gerichtlichen Verurteilungen selbst zu erfolgen hat (z. B. „Das Strafgericht hat die zuständige Behörde von den für einen Entziehungstatbestand gemäß Abs. 1 Z 1 maßgeblichen rechtskräftigen Verurteilungen unverzüglich zu verständigen.“).

Zu 5. (§ 93 Abs. 2 bis 5)

In § 93 Abs. 2 sind nunmehr keine Verweise auf das Versicherungsvermittlerregister enthalten. Dies erscheint im Hinblick auf das Weiterbestehen des Versicherungsvermittlerregisters systemwidrig. Es wird angeregt, diesen Absatz im Sinne der bisher geltenden Regelung zu ergänzen.

Zu 14. (§ 365b)

Es wird angeregt, in § 365b Abs. 2 eine dem § 365a Abs. 2 Z 10 im Hinblick auf Nachsichtsverfahren nachgebildete Regelung aufzunehmen. Nachsichtsverfahren werden auch betreffend nicht natürliche Personen geführt und wären insoweit die erforderlichen Informationen im Gewerbeinformationssystem Austria nicht zugänglich. Eine entsprechende Ergänzung wird seitens des Amtes der Wiener Landesregierung unbedingt für erforderlich erachtet.

Zur impliziten Verweisung in Z 27 (§ 382 Abs. 67) wird auf Pkt. 74 der Legistischen Richtlinien 1990 verwiesen.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag. Dr. Richard Reiter

Dr. Thomas Haunold
Senatsrat

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates
2. alle Ämter der Landesregierungen
3. Verbindungsstelle der Bundesländer
4. MA 63
(zu MA 63 - 1307265-2014)

mit dem Ersuchen um Weiterleitung an die einbezogenen Dienststellen



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Information zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:
<https://www.wien.gv.at/amtssignatur>